

# Eimsbüttel Info

INFORMATIONEN DER SPD-FRAKTION EIMSBÜTTTEL

AUSGABE 1 / April 2014

**Liebe Eimsbüttlerinnen,  
liebe Eimsbüttler,**

am 24. Februar war die SPD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft zu Gast in Eimsbüttel. Anlässlich ihrer Fraktionssitzung vor Ort in der Berufsschule an der Bundesstraße luden Dr. Andreas Dreschel (Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion), Dr. Torsten Sevecke (Bezirksamtsleiter in Eimsbüttel) und die SPD-Fraktion Eimsbüttel zu einem gemeinsamen Pressetermin im Geomatikum. Hoch über den Dächern Eimsbüttels informierten wir über aktuelle politische Themen. Im Fokus standen der Wohnungsbau, in dem Eimsbüttel auch 2013 das Ziel von 700 neuen Baugenehmigungen weit übertraf, die öffentliche Unterbringung vor allem von Flüchtlingen, für die der Bezirk neue Standorte schafft, und der Universitätsneubau rund um den Campus an der Bundesstraße.

Diese und weitere Themen finden Sie auch in der vorliegenden Ausgabe des Infobriefs. Wir stellen Ihnen die Pläne für den neuen Campus sowie das Wohnungsbauprogramm 2013/2014 vor und geben Ihnen einen Überblick über geplante Unterkünfte für Asylbewerber und Wohnungslose.

Ich wünsche viel Vergnügen bei der Lektüre.

Herzlichst  
Ihr Rüdiger Rust



**Eimsbüttel liegt im Wohnungsbau vorn**

Neues Programm 2013/14, S. 2

**Unterkünfte für Flüchtlinge**  
Geplante Einrichtungen 2014, S. 3

**Uni baut Zukunft**  
Neues Univiertel an der Bundesstraße, S. 4

**Seniorengerechte Bänke**  
Über zwanzig neue Sitzgelegenheiten für Eimsbüttel, S. 5

**Chancen für den Tibarg**  
Attraktivität des Niendorfer Zentrums weiter steigern, S. 6

**Bezirkswahl 2014**  
Neuzuschnitt der Eimsbüttler Wahlkreise, S. 7

# Eimsbüttel liegt im Wohnungsbau vorn

## Neues Programm enthält ein Potenzial von 4.000 Wohnungen



Eimsbüttel ist dicht bebaut, verfügt über nahezu keine größeren Liegenschaftsflächen – und dennoch drehen sich die Baukräne überall im Bezirk. Mehr als 3.450 Wohnungen wurden seit Beginn der Wohnungsbauoffensive im Jahre 2011 in Eimsbüttel genehmigt. Und auch in diesem Jahr wird das im Vertrag für Hamburg vereinbarte Ziel von 700 Wohnungen jährlich wieder weit übertroffen: ein Kunststück dank eines ausgefeilten Flächenmanagements.

Baulücken, Nachverdichtungen der 50er/60er-Jahre-Quartiere, Umwandlung untergenutzter Gewerbeflächen und Zweitbebauung von großen Grundstücken im Außenbereich – so wurden auch für das dritte Wohnungsbauprogramm 19 neue Potenzialflächen identifiziert. Regelrecht neuer Boden gewonnen wurde für das geplante Stellingener Zentrum am Sportplatzring – durch eine raffinierte Flächenrochade. Insgesamt

weist das Wohnungsbauprogramm 2013/2014 mit den noch nicht aktivierten Flächen 120 Grundstücke mit einem Potenzial von mehr als 4.000 Wohneinheiten auf.

„Eimsbüttel nimmt nicht nur bei der Flächenakquise eine besondere Rolle ein. Für uns zählt nicht nur Quantität. Wir wollen auch Qualität im Wohnungsbau beweisen“, so der Vorsitzende der SPD-Fraktion Eimsbüttel, Rüdiger Rust. Sieben Leitlinien sollen eine qualitative Weiterentwicklung sichern:

- Nachverdichtung bei Wahrung der Identität der einzelnen Stadtteile,
- Erhalt wertvoller Grün- und Freiflächen,
- Stärkung der Infrastruktur,
- nachhaltiges Bauen,
- soziale Durchmischung,
- Steuerung demografischer Entwicklungstendenzen und
- ein Nebeneinander von Arbeit und Wohnen.

Diese Punkte sollen in den bezirklichen Teilräumen beachtet werden.

Ein neues Kapitel im Wohnungsbau schlägt Eimsbüttel angesichts wachsender Probleme bei der Unterbringung von Flüchtlingen auf: Durch Konzeptausschreibungen sollen Investoren gewonnen werden, neue Wohnungen zunächst für die Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung zu stellen und erst anschließend frei zu vermieten oder zu verkaufen.

Und Eimsbüttel denkt noch einen Schritt weiter. Rust: „Wir wollen in Gewerbegebieten Flächen für vorübergehende Unterkünfte vorhalten, um in Zukunft für kurzfristige Bedarfe besser gerüstet zu sein.“



Rüdiger Rust  
 ruediger.rust@  
 spd-fraktion-  
 eimsbuettel.de

# Unterkünfte für Flüchtlinge

Monat für Monat kommen neue Flüchtlinge nach Hamburg und auch die Zahl der Wohnungslosen ist in den vergangenen Monaten gestiegen. All diese Menschen benötigen eine Unterkunft, doch in Hamburg fehlen öffentliche Unterbringungen. Im Laufe dieses Jahres werden über 4.000 neue Plätze benötigt.

Um langfristig Kapazitäten für öffentliche Unterbringungen zu schaffen hat das Bezirksamt auf Initiative der rot-grünen Koalition ein Konzept erarbeitet. Ziel ist es, jetzt einen kontinuierlichen Prozess anzustoßen, der es zukünftig ermöglicht, eine wachsende Zahl von Flüchtlingen in festen Gebäuden und kleineren Einheiten unterzubringen. So sollen z.B. neben städtischen Flächen auch private Wohnungsbauvorhaben für öffentliche Unterbringungen herangezogen werden. Auch brach liegende Flächen sowie leerstehende Gebäude sollen wieder nutzbar gemacht werden. Doch dieser Prozess benötigt Zeit. Zunächst sind deshalb weiterhin größere Einrichtungen unverzichtbar.

In diesem Jahr entstehen fünf neue Standorte. Eimsbüttel erbringt damit einen beachtlichen Teil der benötigten Kapazitäten. „Der Bezirk war bisher mit ca. 750 Plätzen eines der Schlusslichter im ham-

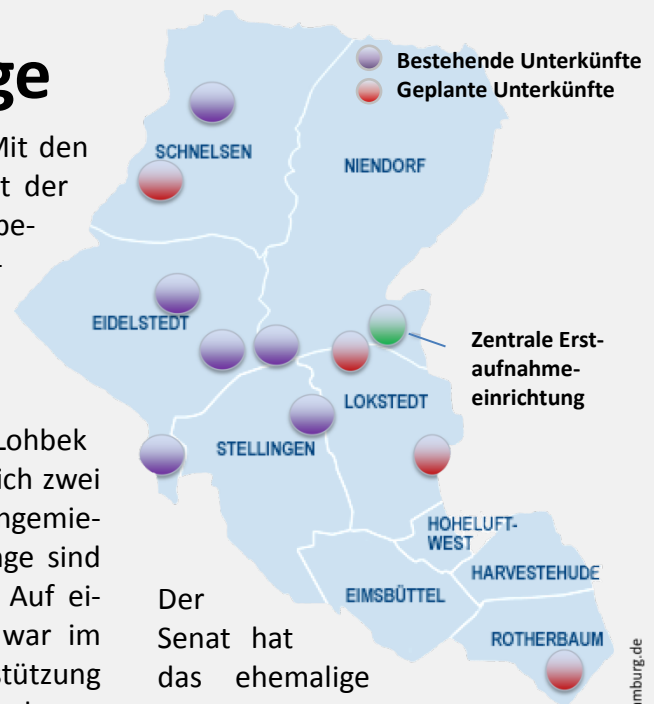


Uwe Giffei  
uwe.giffei@  
spd-fraktion-  
eimsbuettel.de

burgweiten Vergleich. Mit den neuen Projekten wächst der Eimsbütteler Beitrag beträchtlich“, sagt der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Eimsbüttel, Uwe Giffei.

Am Grandweg/An der Lohbek wurden für voraussichtlich zwei Jahre 38 Wohnungen angemietet. Die ersten Flüchtlinge sind inzwischen eingezogen. Auf einer Info-Veranstaltung war im Vorfeld bereits Unterstützung für die Bewohner angeboten worden, etwa durch Patenschaften, die der Bürgerverein Lokstedt koordinieren will. Zudem hatte die Ev.-Luth. Kirchengemeinde Lokstedt einen Runden Tisch angeregt, wie er sich schon bei der Unterkunft an der Lokstedter Höhe bewährt hat. Und auch die bestehenden Mieter sind nicht aus dem Blick geraten. Die Bezirkspolitik fordert von den Behörden, dass die Nachbarn auf dem Laufenden gehalten werden und dass die Gebäude in einem ordentlichen Zustand bleiben. „Damit begegnen wir den Sorgen einiger Anwohner“, erklärt der Vorsitzende des Regionalaussschusses Lokstedt Rüdiger Rust.

An der Niendorfer Straße 99 wird eine Erstaufnahmeeinrichtung entstehen. Ab Juni sollen dort für zweieinhalb Jahre bis zu 320 Flüchtlinge unterkommen. Sie verbringen nach ihrer Ankunft in Hamburg etwa drei Monate dort, bevor sie in eine Folgeeinrichtung umziehen. An der Sophienterrasse ist eine weitere Unterbringung geplant.



Der Senat hat das ehemalige Kreiswehrrersatzamt gekauft. Sobald das Gebäude hergerichtet ist, sollen dort für mindestens zehn Jahre bis zu 220 Personen unterkommen. Weitere 156 Plätze werden an der Pinneberger Straße für eine Dauer von mindestens fünf Jahren geschaffen.

Auch zu diesen Einrichtungen haben bereits Info-Veranstaltungen stattgefunden und von Anwohnern wurde tatkräftige Unterstützung für die Flüchtlinge angeboten. Die Eimsbütteler Bezirkspolitik setzte sich daher dafür ein, dass die Koordination der ehrenamtlichen Hilfen unterstützt wird und konnte bereits einen ersten Erfolg verbuchen: Das Bezirksamt stellte kürzlich eine halbe Stelle für die Koordination der Unterstützung in Aussicht.

Im weiteren Verlauf des Jahres soll am Hagendeel die fünfte neue Einrichtung mit etwa 290 Plätzen geschaffen werden. „Auch bei diesem Standort setzt die Eimsbütteler Politik auf frühzeitige und umfassende Informationen,“ so Giffei.

# Neues Univiertel an der Bundesstraße

Vier Jahre wurde geplant, beteiligt, diskutiert, ausgeschrieben und entworfen, nun stehen die Pläne für den neuen Uni-Campus an der Bundesstraße. „Im Laufe der nächsten Jahre wird zwischen dem Schröderstift und der Grindelallee ein modernes neues Uni-Viertel geschaffen, das sich räumlich dem Stadtteil öffnet“, erklärt Gabor Gottlieb, Vorsitzender des Universitätsausschusses.

Zunächst soll der Klima-Campus rund um das Geomatikum verwirklicht werden. In mehreren Neubauten werden unter anderem eine zentrale Bibliothek, Hörsäle und eine Mensa untergebracht sein. Anschließend wird auf dem Areal zwischen Bundesstraße und Grindelallee das sogenannte MIN-Forum (Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften) geschaffen, in dem neben der Mathematik und der Informatik auch die Geowissenschaften sowie die Chemie zusammengeführt werden sollen.

Zwischen den modernen Gebäuden ist für Studierende wie auch Anwohner viel Freiraum geplant. Vier Plätze, die sich an den Themen Wiese, Wald, Berg und Lichtung orientieren, stehen im Zentrum des Raumkonzeptes. Sie sollen den Motiven entsprechend mit Grünflä-



Gabor Gottlieb  
gabor.gottlieb@  
spd-fraktion-  
eimsbuettel.de



chen, Bäumen, schrägen Ebenen und Bodenbeleuchtungen gestaltet werden. „Um die Plätze mit Leben zu füllen, sind zudem Cafés und Mensen geplant. Auch die universitären Museen sollen hier eine Heimat finden. Vor allem der Campusplatz soll so das neue Herz dieses Teils der Uni werden“, sagt Gottlieb.

Durch den offenen Charakter des neuen Campus wird die Universität in den Stadtteil integriert. Sichtachsen und durchgehende Wege verstärken diesen Eindruck. Dabei soll auch die Bundesstraße, die das Gelände bisher zerschneidet, verkehrlich beruhigt werden, um die beiden Campus-Teile zu verbinden.

Damit das neue Uni-Viertel im Stadtbild besser erkennbar ist, werden ein zusammenhängendes Beleuchtungskonzept und einheitlich gestaltete Bänke sowie Fahrradständer eingesetzt.

Künstlerische Auftaktelemente an den Zugängen sollen den Besuchern verdeutlichen, wo der Campus beginnt. Welche Form diese haben werden ist aber noch offen.

„Dieses Freiraumkonzept lässt aus einem zerstückelten, zum Teil mit Schranken versperrten Gelände ein offenes, zusammenhängendes Univiertel entstehen, das eine hohe Aufenthaltsqualität hat“, fasst Gottlieb zusammen.

Wenn die Neubauten des Klima-Campus und des MIN-Forums fertiggestellt sind, soll auch das Geomatikum saniert und dessen Fassade renoviert werden. Schließlich werden unter anderem das Rechenzentrum und die Präsidialverwaltung dort einziehen.

Insgesamt ist mit einer Bauzeit von etwa sechs Jahren zu rechnen. Mit ersten Vorbereitungsarbeiten wurde bereits im vergangenen Dezember begonnen.

# Seniorengerechte Bänke

**Eine hohe Sitzfläche, eine steile Rückenlehne und zwei Armstützen – so muss sie aussehen die seniorengerechte Bank. Sie erleichtert älteren Menschen das Setzen und das Aufstehen. Doch leider ist sie vielerorts noch Mangelware. Dies soll sich in Eimsbüttel bald ändern.**

„Da unsere Gesellschaft altert, sollte die Infrastruktur für ein weitgehend selbst bestimmtes Leben älterer Menschen bereitgestellt werden. Ausreichende und seniorengerechte Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum sind ein wichtiger Baustein dafür“, stellt Jan Ohmer, Mitglied im Sozialausschuss der Bezirksversammlung Eimsbüttel fest.

Bänke in Parks und Straßenzügen bieten Senioren und Menschen mit einer Gehbehinderung die Möglichkeit der Teilhabe am öffentlichen Leben. Dort kann man sich ausruhen, Passanten beobachten und neue Kontakte knüpfen. Doch die Sitzgelegenheiten erfüllen diesen Zweck nur dann, wenn sie auch so gebaut sind, dass es älteren Menschen möglich ist, bequem zu sitzen und ohne Hilfe wieder aufzustehen.

Deshalb hatte sich die Bezirksversammlung Eimsbüttel schon Ende des Jahres 2012 für neue, seniorengerechte Sitzgelegenheiten ausgesprochen. Sie forderte die Verwaltung auf, gemeinsam mit dem bezirklichen Seniorenbeirat einen Bedarfsplan mit Standorten für entsprechende Bänke aufzustellen. Zudem sollte geprüft



Jan Ohmer  
kommunalpolitik@  
hamburg.de



Herkömmliche Bänke wie diese sind zu niedrig, haben keine Armlehnen und erschweren nicht nur Senioren das Aufstehen.

Foto: AnnaER/pixabay

werden, wie Neuanschaffungen finanziert werden könnten.

Das ist inzwischen umgesetzt worden: Plätze für neue Sitzbänke sind gefunden und die Finanzierung des Vorhabens wurde von der Eimsbüttler Politik gesichert. Die Bezirksversammlung beschloss einstimmig, 25.000 Euro aus bezirklichen

Sondermitteln für die neuen Bänke zur Verfügung zu stellen.

Ohmer: „Damit ist nun auch die finanzielle Hürde genommen und das Projekt der seniorengerechten Sitzgelegenheiten befindet sich auf einem guten Weg. Mit dem Geld können mehr als zwanzig neue Bänke aufgestellt werden.“

# Neue Chancen für den Tibarg

Der Tibarg ist das bunte Zentrum Niendorfs. Etwa 95 Prozent der Stadtteilbewohner gaben in einer Umfrage an, regelmäßig auf dem Tibarg einzukaufen – ein absoluter Spitzenwert. Und die Niendorfer sind zufrieden mit „ihrem Tibarg“, der zuletzt durch die Aktivitäten des BID (Business Improvement District) Tibarg „fit für die Zukunft“ gemacht wurde.

Mitten auf dem Tibarg – neben der heutigen Marktfläche – befindet sich ein Nebengebäude der Berufsschule für Sozialpädagogik, der Anna-Warburg-Schule. Dieses Gebäude soll voraussichtlich Anfang 2016 frei werden. Dann kann der Standort einer neuen Nutzung zugeführt werden.

„Hier bietet sich die Chance, die Attraktivität des Tibargs weiter zu steigern. Da sich das Grundstück in zentraler Lage des

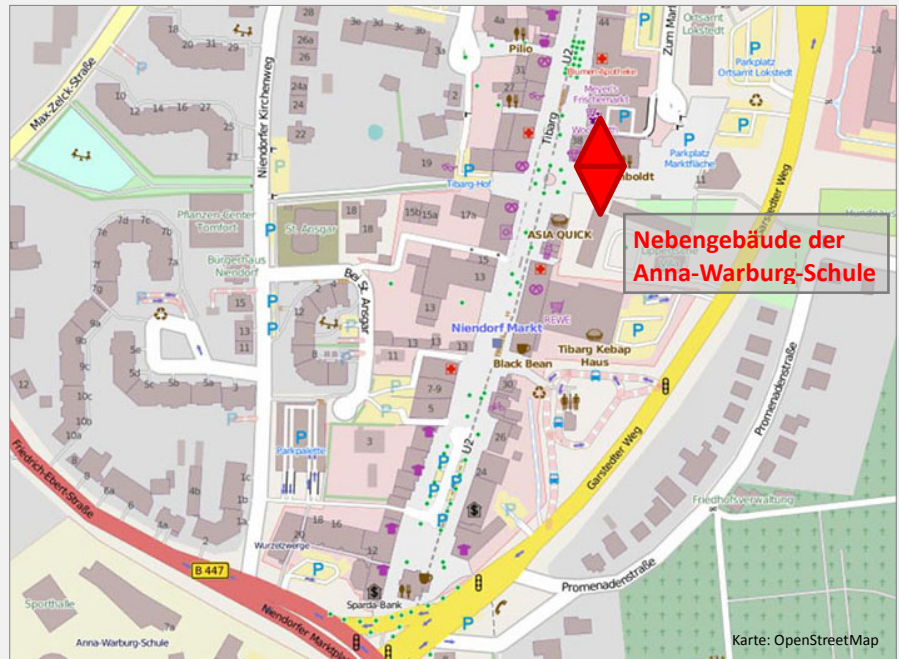


Marc Schemmel  
marc.schemmel@  
spd-fraktion-  
eimsbuettel.de

Niendorfer Stadtteilzentrums befindet, gibt es jetzt schon viele Ideen, wie die Fläche zukünftig genutzt werden könnte“, so der Niendorfer

Bezirksabgeordnete Marc Schemmel.

Noch in diesem Jahr wird die Anna-Warburg-Schule am Niendorfer Marktplatz, an dem sie ihren Hauptsitz hat, beginnen,



einen dreistöckigen Neubau zu errichten. Wenn dieser voraussichtlich Ende 2015 fertiggestellt sein wird, will die Schule aus den Räumlichkeiten auf dem Tibarg ausziehen.

Die Eimsbüttler Politik setzt sich nun frühzeitig dafür ein, dass die Verwaltung erste Ideen für den Standort präsentiert und gemeinsam mit den Tibarg-Akteuren sowie interessierten Einrichtungen, Vereinen, Bürgerinnen und Bürgern aus dem Stadtteil diskutiert. Dieser Austausch ist für eine Sitzung des Regionalausschusses Lokstedt angedacht. Darauf aufbauend soll dann transparent und ergebnisoffen weitergeplant werden.

„Gerade öffentliche Nutzungen und nicht-gewerbliche und stadtteilorientierte Angebote sind in dem Gebiet noch ausbaufähig und könnten neue Impulse für das Leben am Tibarg bieten“, so Schemmel.

Wichtig ist den Bezirkspolitikern, dass Tibarg-Akteure, Vereine des Stadtteils und Verbände einbezogen und ihre Interessen berücksichtigt werden. Eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wird ebenfalls gewünscht. Schemmel: „Gemeinsam kann so ein Konzept entwickelt werden, das auf breite Zustimmung stößt und von dem der Tibarg wie auch die Niendorferinnen und Niendorfer profitieren.“

## Impressum:

SPD-Fraktion Eimsbüttel, Helene-Lange-Straße 1, 20144 Hamburg

Redaktion: Gabor Gottlieb (V.i.S.d.P.), Sonja Goslinowski, Annette Luckey

info@spd-fraktion-eimsbuettel.de

www.spd-fraktion-eimsbuettel.de

Tel. 040 / 42 10 45 00

Bildnachweis: Wenn nicht anders angegeben Annette Luckey

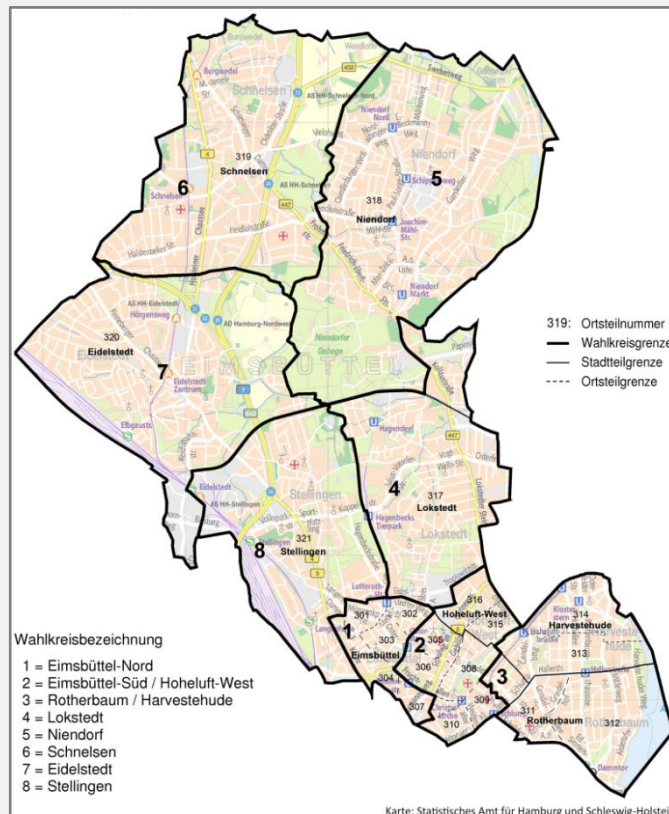
# Bezirkswahl 2014: Eimsbüttels neue Wahlkreise

Neue Wahlkreise, neues Wahlalter und ein neuer Wahlrhythmus – das sind die drei Neuerungen der Bezirkswahl 2014. Dass die Bezirkswahlen in Zukunft nur noch alle fünf Jahre, immer zusammen mit den Europawahlen stattfinden sollen, stand schon länger fest. Am 25. Mai wird dies nun erstmals umgesetzt. Die Wahl zur Bezirksversammlung findet dann nicht mehr wie üblich zeitgleich mit der Bürgerschafts- sondern parallel zur Europawahl statt. „Das hat vor allem Auswirkungen auf die

Wahlbeteiligung, die bei der Bürgerschafts- deutlich höher als bei der Europawahl ist. Andererseits gibt es in anderen Bundesländern auch bei Kommunalwahlen hohe Wahlbeteiligungen,“ sagt Gabor Gottlieb, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion Eimsbüttel.

Neu ist auch, dass bei der Bezirkswahl erstmals alle 16- und 17-jährigen wählen dürfen. Sie haben allerdings nur ein aktives Wahlrecht und dürfen nicht kandidieren. „In vielen Bundesländern ist das bereits Standard. Nun gibt auch Hamburg den Jugendlichen endlich mehr politische Rechte,“ so Gottlieb.

Die zentrale Neuerung aber ist die veränderte Wahlkreisstruktur. Statt der bisherigen drei großen Wahlkreise gibt es nun acht kleinere. „Wir haben uns bei dem



Zuschnitt an den Stadtteilgrenzen orientiert. Das ist leicht nachvollziehbar und so hat jeder Stadtteil seine eigenen Wahlkreisabgeordneten,“ sagt Gottlieb. Die Anzahl der Direktmandate pro Wahlkreis variiert dabei je nach Größe zwischen drei und fünf.

Eidelstedt (Wahlkreis „WK“ 7) wird als eigenständiger Wahlkreis in Zukunft vier Direktmandate stellen. Stellingen (WK 8) stellt drei Mandate. Im Wahlkreis Schnelsen (WK 6) werden ebenfalls drei Abgeordnete gewählt werden. Niendorf (WK 5) als größter Stadtteil im Bezirk hat fünf Direktmandate. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben, die noch aus dem Volksentscheid zur Wahlreform stammen, kann nicht der gesamte Stadtteil Niendorf in einem Wahlkreis sein. Daher gehört der südöstliche Teil Niendorfs entlang

der Kollaustraße zum Wahlkreis Lokstedt (WK 4). Der so vergrößerte Wahlkreis 4 stellt insgesamt drei Mandate.

Im Kerngebiet bilden die Stadtteile Harvestehude und Rotherbaum gemeinsam einen Wahlkreis (WK 3) mit vier Direktmandaten, der um den Bereich zwischen Bogenstraße – bis Bundesstraße und den Straßenzügen Garbestraße und Ellenbogen bis zur Höhe Hohe Weide ergänzt wird. Der Stadtteil Eimsbüttel ist ebenfalls zu groß für einen einzelnen Wahlkreis und wurde daher geteilt. Der Wahlkreis Eimsbüttel-Nord (WK 1) reicht bis zum Heußweg und dem Gebiet südlich der Fruchttalée bis zum Eppendorfer Weg / Waterloostraße und stellt drei Wahlkreisabgeordnete. Der Wahlkreis 2 umfasst das restliche Eimsbüttel sowie Hoheluft-West und stellt fünf Abgeordnete.

Neben diesen 30 Sitzen für die Wahlkreise werden 21 Abgeordnete über die Bezirksliste in die Bezirksversammlung einziehen. Jeder Wähler kann dann fünf Stimmen auf die Wahlkreis- und fünf auf die Bezirkskandidaten verteilen.



Gabor Gottlieb  
gabor.gottlieb@  
spd-fraktion-  
eimsbuettel.de